

Gesundheits- Rundbrief

Sommer 2018
39. Jahrgang

Berichte · Dokumentationen · Veranstaltungshinweise



zum Umzug in die
Astallerstraße:



GESUNDHEITSLADEN
MÜNCHEN e.V.
INFORMATIONEN- UND
KOMMUNIKATIONS-
ZENTRUM

Astallerstr. 14
80339 MÜNCHEN

TELEFON 089 / 77 25 65
FAX 089 / 725 04 74

www.gl-m.de
E-Mail: mail@gl-m.de

Infothek
Tel: 089 / 77 25 65
Mo - Fr 10 - 13 Uhr
Mo, Do 17 - 19 Uhr

PatientInnenstelle
München
Tel: 089 / 77 25 65
Mo 10 -13 und 16 - 19 Uhr
Mi, Do und Fr 10 - 13 Uhr

Onlineberatung
<https://gl-m.beranet.info>

Unabhängige Patienten-
beratung Schwaben
Tel. 0821/ 209 203 71
Afrawald 7, 86150 Augsburg
Mo 9 - 12 Uhr
Mi 13 - 16 Uhr

Spendenkonto:
Bank für Sozialwirtschaft
IBAN:
DE51 7002 0500 0008 8878 00
BIC: BFSWDE33MUE

INHALT

Verein & Infos **2**
Intern & Termine **3**
Kulturtage, Frauenbörse **4**
MV und Einweihungsfest **5**
Pflegernotstand **6**

Volksbegehren: Stoppt
den Pflegernotstand **7**
Rezensionen **8**
Schlagzeilen und Neues **9**
Psych KHG **10**

Veranstaltungen und Infostände **11**
Gesundheit & Umwelt **12,13**
BAGP Rundbrief **14, 15**
Wahlveranstaltung und
BUKO-Theatergruppe **16**



Impressum

Redaktionsschluß

Rundbrief 2/2018

15.10.18

Verantwortlich für

Inhalt und Layout:

Maria Ernst, Peter

Friemelt, Sarah Kurzak,

Jürgen Kretschmer,

Waltraud Kröner,

Gunhild Preuß-Bayer,

Adelheid Schulte-

Bocholt, Carola Sraier.

Namentlich gekenn-

zeichnete Artikel liegen

in der Verantwortung

des bzw. der jeweiligen

AutorIn. Sie geben

nicht unbedingt die

Meinung der Redakti-

on wieder.

Belichtung & Druck:

Ulenspiegel Druck

GmbH & Co. KG,

Andecks, zertifiziertes

Umweltmanagement

nach EMAS,

Recyclingpapier

Impressum:

Der Rundbrief ist das

Organ des

Gesundheitsladen

München e.V.

Mit freundlicher Unterstützung der

Landeshauptstadt

München

Referat für Gesundheit

und Umwelt

und des Staatsministeriums

für Gesundheit und Pflege



Materialien

● Rundbrief

2 -4 mal im Jahr mit Beiträgen aus der Vereinsarbeit und aktuellen Gesundheitsthemen.

Jahresabo incl. Porto 8,- €

Broschüren

3,-€ (+ Porto + Verpackung 1,- €)

● Patientenrechte - Ärztepfllichten, Neuauflage 2016

4,- € (+ Porto + Verpackung 1,-€)

● Informationen rund um die Versorgung mit Zahnersatz, 5. Auflage 2015

0,50 € (+ Porto + Verpackung 1,- €)

Tipps für die Anwaltssuche im Medizinrecht

● Achtung Zahnersatz

● Arbeitsunfähig - was tun?

● Die ärztliche Aufklärung

● Einsichtsrecht in die Patientenakte

● Gesetzlich versichert - privat bezahlen?

● Gesundheitsreform 2011 - Was ändert sich?

● Hilfsmittel in der GKV

● Konflikte mit der GKV

● Lückenlose Krankschreibung

● Zahnärztliche Versorgung im Basistarif

● Zahnersatz und kein Geld! Was nun?

● Satzung

● Bei Bestellungen unter 3,- € bitte Betrag in Briefmarken beilegen!

Alle genannten Materialien sind für Mitglieder kostenlos.

Angebote

Infothek

Gesammelt und weitergegeben werden Informationen über Einrichtungen, Selbsthilfegruppen, Veranstaltungen, Bücher und Zeitschriften. Es gibt eine Bibliothek und einen PC für Recherche und das Archiv.

Während der Öffnungszeiten gibt es zwei themenspezifische Angebote: Die Lärmsprechstunden am Dienstagvormittag und zu Fragen rund um die Patientenverfügung und Vorsorge am Donnerstagabend.

Patientenberatung

Die Patientenstelle München und die Unabhängige Patientenberatung Schwaben bieten unabhängige Beratung, Information und Orientierung.

Onlineberatung

Anonym und sicher:

Wenn Sie es wünschen, geht

Beratung bei uns auch online:

<https://gl-m.beranet.info>

Kooperation

Wir arbeiten mit anderen Initiativen und Facheinrichtungen kommunal, regional und bundesweit zusammen. Besonders intensiv begleiten wir die Arbeit der Patientenfürsprecher*innen in den städtischen Kliniken.

Gesundheitsförderung

Stadtteilorientiert und stadtweit machen wir Angebote zur Verbesserung der Lebenssituation.

Wegweiser



Wir organisieren Veranstaltungen zum »Tag gegen Lärm« und arbeiten bei »Wohnen ohne Auto« mit.

Arbeitskreise

Wir beschäftigen uns unter anderem mit folgenden Themen:

Lärmaktionsplan und Tempo 30, Hören und Schutz der Ruhe, Autofreies Wohnen.

Die Arbeitskreise sind für alle offen.

Webseite

Sie finden u.a. Presseerklärungen und Termin-Hinweise, den Rundbrief u.a. in digitaler Form und Links zu anderen Einrichtungen.

Öffentlichkeits- und Bildungsarbeit

Vorträge, Seminare, Infostände, Herausgabe unserer Zeitschrift, weiterer Texte und Ausstellungen.

Beitritt

Name:

Adresse:

Monatsbeiträge: Mitgliedsbeiträge und Spenden sind steuerlich abzugsfähig.

3,- € für Nichtverdienende, 5,50 € für mittlere Einkommen,

10,50 €, wenn möglich 21,- € für höhere Einkommen.

Ja, ich werde Mitglied und zahle folgenden Monatsbeitrag:

Das Geld kann vierteljährlich abgebucht werden:

IBAN:

BIC:

Bank:

Unterschrift:

Ort:

Datum:

Liebe Freundinnen und Freunde, Interessierte und Aktive,

der erste ausführliche Rundbrief aus der Astallerstraße liegt Ihnen bzw. Dir hiermit vor. Zum Umzugs-Krimi haben wir ausführlich auf der Mitgliederversammlung 2018 und im Sachbericht 2017 (auf der Homepage abrufbar) berichtet. Von unserem Einweihungsfest sollen auf Seite 5 einige Fotos einen (kleinen) Eindruck vermitteln. An dieser Stelle danken wir allen Helfer*innen, Akteur*innen und vor allem unseren Gästen!

Kurz vor der ersten Anhörung im Bayerischen Landtag zum Entwurf des neuen **Psychisch-Kranken-Hilfe-Gesetzes** stampften wir im April 2018 mit sehr engagierten Kooperationspartnern eine Informations-Veranstaltung aus dem Boden. Das Podium war hochkarätig und mit sehr fachkundigen Vertreter*innen besetzt. Neben substantiellen Inhalten und Diskussionsbeiträgen gab es viele hilfreiche, konkrete Hinweise zum Engagement gegen den vorliegenden Entwurf. Der Vortragssaal war höchst-zulässig bestuhlt, jeder Fenstersims, jeder Platz auf dem Boden wurde zusätzlich von den außer-

ordentlich zahlreichen Besucher*innen besetzt. Darüber hinaus fanden sehr viele Interessierte nur noch einen Stehplatz hinter den Einlasstüren oder mussten sogar wieder gehen. Zusammen mit den Kooperationspartnern freuten wir uns ganz besonders über das umwerfende Interesse. Es spiegelte deutlich wieder, wie sehr die Öffentlichkeit für das Thema sensibilisiert ist und sich wirkungsvoll für die Verhinderung dieses Entwurfes eingesetzt hat: Am 11.07.2018 wurde das Gesetz mit den wesentlichen gewünschten Änderungen verabschiedet. Gratulation! (Bericht s.S. 10)

Wir freuen uns darauf, auch in diesem Jahr wieder Gastgeber für das Straßentheater der **BUKO-Pharmakampagne** sein zu dürfen. Auf ihrer Deutschland-Tournee wird die Truppe am **Dienstag, den 18. September in der Zeit zwischen 9:30 – 13:00 h auf dem Odeonsplatz** zu hören und zu sehen sein. Ihr **Thema „Klimawandel und die dramatischen Folgen für die globale Gesundheit“**. Publikum ist herzlichst eingeladen und

willkommen. Bitte merkt Euch den Termin vor. Näheres unter Telefon 089 – 77 25 65 oder Homepage.

Dem Thema Pflegenotstand, welches auch in Bayern an Brisanz gewinnt, widmen wir uns auf den Seiten 6 + 7. Wir stellen ganz kurz den Referentenentwurf für ein „Gesetz zur Stärkung des Pflegepersonals“ des Bundesministeriums vor. Ganz besonders weisen wir auf unseren **Aufruf auf der Seite 7 zum Volksbegehren „Stoppt den Pflegenotstand“** hin. Bitte unterstützen Sie diese Initiative!

Hinweis möchten wir Sie auch auf unsere **Gesundheitspolitische Veranstaltung zur Landtagswahl in Bayern am 12.9.2018** im Bayerischen Rundfunkgebäude (s.S. 16).

Wir wünschen Allen (lokal, regional, national und global) einen schönen und friedvollen Sommer,

Eurer GL-Team

**München
ist bunt!**

T
E
R
M
I
N
E

Zeit	Thema	Veranstalter	Ort	Info/Anmeldung
26.07.18 17 Uhr	Informiert und gestärkt zum Arzt und ins Krankenhaus, Patientenrechte - Ärztepfllichten	Gesundheitsladen München e.V.	Astallerstr. 14	Tel. 089 772565 www.gl-m.de
12.09.18 18 Uhr	Gesundheitspolitische Veranstaltung zur Landtagswahl in Bayern	Gesundheitsladen München e. V.	Bayerischer Rundfunk, Rundfunkplatz 1	Tel. 089 772565
24.09.18 18 Uhr	Gesundheit, Krankheit, Kassen und Geld	Arbeitslosenzentrum München-Nord	Neuherbergstr. 104	Tel. 089 1891796-30
27.09.18 17 Uhr	Au Backe - worauf muss ich achten wenn ich zum Zahnarzt gehe?	Gesundheitsladen München e.V.	Astallerstr. 14	Tel. 089 772565 www.gl-m.de
23.10.18 14.30 Uhr	Gesundheit, Krankheit, Kassen und Geld	Alten- und Service- Zentrum Neuhausen / Moosach	Nymphenburgerstr. 171	Tel. 089 13998283
25.10.18 17 Uhr	Gesundheit, Krankheit, Kassen und Geld	Gesundheitsladen München e.V.	Astallerstr. 14	Tel. 089 772565 www.gl-m.de
22.11.18 14 Uhr	Informiert und gestärkt zum Arzt und ins Krankenhaus, Patientenrechte - Ärztepfllichten	Alten- und Service- Zentrum Westend	Tulbeckstr. 31	Tel. 089 540308215
29.11.18 17 Uhr	Patientenverfügung und Vorsorgeformen	Gesundheitsladen München e.V.	Astallerstr. 14	Tel. 089 772565 www.gl-m.de

Angekommen! Unser Einstieg im neuen Viertel - Kulturtage Schwanthaler Höhe vom 4.-6. Mai 2018



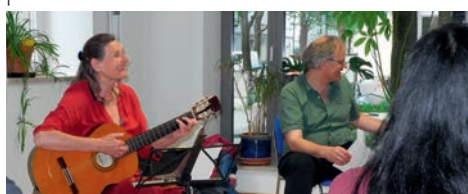
Trommeltanz zum Mitmachen

Adelheid Schulte-Bocholt brachte Jung und Alt mühelos in Bewegung. Die Gäste im Gesundheitsladen nutzten das gesundheitsförderliche Angebot der anderen Art mit viel Spass und Schweiß.



Griechische Tänze mit Schwerpunkt Ikaria

Christos Partskas führte unsere Besucher*innen fachmännisch in eine kleine Auswahl an Kreistänzen aus Griechenland ein. Dieser Programmpunkt fand in Kooperation mit dem Griechischen Haus statt.

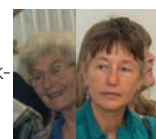


Margarete Löwensprung lud beim **Internationalen Liedersingen** die Anwesenden zu einer musikalischen Reise durch zahlreiche Länder ein.



Beim **Info-Stand am „Schneckenplatz“** stellten Peter Friemelt, Sarah Kurzak, Adelheid Schulte-Bocholt und Waltraud Kröner den Gesundheitsladen und seine Arbeitsbereiche vor. Unterstützt wurden sie dabei von den beiden Vorstands-Mitgliedern Gerhard Schwarzkopf-Steinhauser und Peter Scholze.

Brigitte Bergmann und Gunhild Preuß-Bayer luden Kinder und Erwachsene zu einer Spiel- und Bewegungsaktion in den Gesundheitsladen ein: **„Was ich höre, wird zu Bild und Tanz“**.



Infobörse für Frauen aus aller Welt - 3. Mai 2018

Das Alte Rathaus öffnete auch in diesem Jahr wieder insbesondere für „Frauen aus aller Welt“ die Türen. Zahlreiche Münchner Beratungs-Einrichtungen nutzten die Gelegenheit, sich persönlich und mit ihren Arbeitsinhalten den Besucher*innen vorzustellen. Vor allem „Neu-Ankömmlinge“ nutzten diese Möglichkeit, sich zu informieren und die vielfältigen Angebote in der Landeshauptstadt kennen zu lernen. Für die anwesenden „Professionellen und Ehrenamtlichen“ war die bestens organisierte Veranstaltung eine gute Gelegenheit zur Kontaktaufnahme und Kontaktpflege.



Mitglieder- Versammlung 8.5.2018

Die ordentliche Mitgliederversammlung fand in entspannter Atmosphäre mit interessierten Gästen statt. Die amtierenden Vorstands-Mitglieder und der Kassenwart wurden entlastet. Der „alte“ Vorstand nahm die Wahl zum „neuen“ Vorstand an.



Berichte von Vorstand, Team und Kassenwart



Das Team dankt den „alten“ Vorständen



Abstimmung zum neuen Vorstand



Austausch,
Begegnung,
Schmökern



...

Einweihungs-Fest am 12.7.2018

Endlich - am 12. Juli konnten wir den neuen Gesundheitsladen für unsere geladenen Gäste öffnen. Sie kamen zahlreich - sehr zu unserer Freude. Ein gelungener, bewegter und „bewegender“ Abend mit vielen Begegnungen und Gesprächen.



V.l.n.r.: Herrmann Imhof MdL, Patienten- und Pflegebeauftragter der Bayerischen Staatsregierung; Petra Schweiger, die neue Patientenbeauftragte der LHM; Oswald Utz, Behindertenbeauftragter der LHM



Bille Stöhr,
Vorsitzende des
Bezirksausschusses



Einladung zur Diskussionsveranstaltung:
Was macht das Land Bayern gegen den Pflegenotstand?
Zu wenige Investitionen in die Krankenhäuser nötigen die Träger rechtswidrige Gelder der Krankenkassen in die bauliche Substanz zu investieren.
(Veranstaltung von ver.di am 20.6.18 im DGB-Haus)

"Es ist täglich ein Kampf"

(SZ vom 27.4.2018)

Regina Simnacher, Leiterin der Caritas-Sozialstation in Freising, wünscht sich in der Pflege deutlich mehr Personal und eine Entbürokratisierung, um wieder mehr Zeit für die Menschen zu haben



Pflege

Herr Spahn, verhindern Sie, dass wir kündigen

An Würmer in Wunden gewöhnt man sich, sagt der Pfleger Alexander Jorde. An Überlastung und schlechte Bezahlung nicht. Sechs Forderungen an den Gesundheitsminister

Engpass Notfallversorgung, Pflege in der Klemme
(Koop-Veranstaltung am 24.7.18 im DGB Haus unter Beteiligung des GL)

Krise in der Pflege

Krankenpfleger zum Notstand: „Steuern auf die Katastrophe zu“ (TZ vom 21.6.2018)

Stell dir vor, es geht dir schlecht, und niemand kommt!

Schon lange bekannt, beanstandet und skandalisiert: Geändert hat sich nichts. Im Gegenteil! Der Pflege-notstand in Deutschlands Kliniken nimmt mehr und mehr dramatische Formen an.

Die Vereinigte Dienstleistungsgewerkschaft ver.di spricht von 80.000 Stellen, die inzwischen in der Krankenpflege fehlen (2015 bezifferte sie noch 70.000).

Bereits 2012 nannten die Autoren im von der Bertelsmannstiftung in Auftrag gegebenen „Themenreport Pflege 2030“ eine Zahl von 500.000 fehlenden Vollzeitkräften in der Gesamt-Pflege bundesweit (Alten- und Krankenpflege) für das Jahr 2030, wenn sich der Trend in der Bevölkerungsentwicklung fortsetze und dem Pflegemangel nicht gegengesteuert werde.

Auch in Bayern und München ist die Situation dramatisch. Notaufnahmen melden sich wegen Pflegepersonal-mangel ab, Schwerstkranke müssen in andere Städte oder Landkreise verlegt werden. ver.di beziffert allein in Bayerns Kliniken 10.000 fehlende Krankenpflegekräfte.

Über viele Jahre hinweg wurde am Krankenpflegepersonal gespart, ist dieses völlig überlastet und allein gelassen worden. Der Beruf ist weder gewertschätzt noch

angemessen vergütet - ganz zu schweigen von den z.T. untragbaren Arbeitsbedingungen.

1/3 der Pflegekräfte gilt laut einer Studie, auf die sich Zeit Online beruft, als Burnout gefährdet.

Die Äußerung eines engagierten, langjährig tätigen Krankenpflegers auf einer Veranstaltung, spricht hier Bände: „Ich habe meiner Tochter verboten, die Ausbildung zur Krankenpflege zu machen.“

Die wenigen Stellenangebote, die es gibt, sind kaum oder nicht zu besetzen. Inzwischen werden Krankenpfleger*innen aus dem Ausland angeworben (z.B. den Philippinen) und Pflegekräfte mit z.T. lukrativen Prämienangeboten gesucht...

Selbst wenn es jetzt mehr Geld gäbe, wären Stellen zur Zeit schwer oder nicht zu besetzen. Es gibt schlicht und einfach keine Bewerber*innen. Daran ändert auch das angekündigte Sofortprogramm des Gesundheitsministers, das 13.000 zusätzliche Stellen in der Alten- und Krankenpflege (bundesweit!) vorsieht, nichts. Über Jahre wurde der Fachkräftemangel

produziert und provoziert und so der Pflegemangel zum Pflegenotstand. Die Fragen: „Wer pflegt mich, wenn ich ins Krankenhaus muss?“ und „Was können Pflegekräfte unter diesen Bedingungen überhaupt leisten?“ beschäftigt mehr und mehr die Menschen und vor allem die Patient*innen.

Die Liste an Änderungsforderungen ist lang, je nachdem aus welchem Bereich der (Ein-) Fordernde kommt.

Ob die Pläne des Gesundheitsministers Spahn in seinem Gesetzentwurf zur Stärkung des Pflegepersonals (gerade zum Redaktionsschluss dieses Rundbriefs herausgekommen, s.u.) die Situation grundlegend ändern wird, sei mal dahingestellt. Kurz nach Veröffentlichung wird schon Kritik laut.

Einig sind sich aber Alle in der Feststellung, dass es so nicht weitergehen darf und dass **gehandelt werden muss, jetzt und sofort**, damit auch zukünftig noch „... jemand kommt, wenn es uns **schlecht geht**.“

Adelheid Schulte-Bocholt

Referentenentwurf für ein „Gesetz zur Stärkung des Pflegepersonals“

Bundesministerium für Gesundheit, Bearbeitungsstand 25.6.2018

Aktuell

Im Folgenden einige Aspekte des Gesetzesentwurfs zur **Pflege im Krankenhaus**:

- Jede zusätzliche und jede aufgestockte „Pflegestelle am Bett“ in Krankenhäusern soll künftig finanziert werden. Tarifsteigerungen sollen bereits ab 2018 von den Kassen vollständig refinanziert werden.

- Die Finanzierung der Pflegepersonal-kosten soll ab 2020 auf eine von den Fallpauschalen unabhängige, krankenhausindividuelle Vergütung umgestellt werden.
- Es sollen Maßnahmen zur besseren Vereinbarkeit von Pflege, Familie und Beruf für Pflegekräfte zeitlich befristet für einen Zeitraum von 6 Jahren

gefördert werden. Krankenhäuser sollen hier für die finanziellen Aufwendungen ihrer Maßnahmen die Kosten hälftig von den Kassen erstattet bekommen können.

- Es soll der Krankenhausstrukturfonds mit einem Volumen von einer Milliarde Euro jährlich für die Dauer von vier Jahren fortgeführt werden. Den Fonds

speisen zur Hälfte Liquiditätsreserven des Gesundheitsfonds und zur anderen Hälfte die Länder.

- Es sollen die Bedingungen zur Schaffung von Ausbildungsplätzen verbessert werden. Dies soll z.B. darüber geschehen, dass die Ausbildungsvergütungen im ersten Ausbildungsjahr von den Kostenträgern (Krankenkassen) übernommen werden sollen, damit Azubis im ersten Ausbildungsjahr nicht in gleichem Umfang zur Entlastung von ausgebildeten Pflegekräften beitragen müssen. Bisher ist die Ausbildung nur anteilig refinanziert. Zukünftig soll der Krankenhausstrukturfonds auch der Finanzierung von Krankenpflegeschulen dienen.
- Es soll gewährleistet werden, dass Zusatzentgelte für erhöhten Pflegeaufwand der Kliniken auf einer gesicherten Datengrundlage abgerechnet werden können. Krankenkassen werden dazu verpflichtet, die dazu nötigen Informationen zur Pflegebedürftigkeit der bei ihnen versicherten Patient*innen mitzuteilen.
- Durch das Gesetz kommen bis 2021 rund 4,5 Milliarden Euro an Mehrausgaben auf die gesetzliche Krankenversicherung zu.

Adelheid Schulte-Bocholt



Aufruf

Unterstützen Sie das Volksbegehren „Stoppt den Pflegenotstand an Bayerns Krankenhäusern“

Ein Initiativkreis aus 6 Personen hat die Initiative für das Volksbegehren „**Stoppt den Pflegenotstand an Bayerns Krankenhäusern**“ ergriffen, weil sie darin einen aussichtsreichen Weg sehen, auf Landesebene eine bessere Versorgung und bessere Arbeitsbedingungen in Bayerns Krankenhäusern durchsetzen. Dabei stützen sie sich auf die Erfahrungen der Volksbegehren in Berlin und Hamburg und verstehen das bayrische Volksbegehren auch als Beitrag, um bundespolitisch Druck für eine bedarfsorientierte Personalbemessung zu erzeugen, die gute Pflege garantiert und internationalen Standards entspricht. Die derzeitigen Planungen zu „Personaluntergrenzen“ sind davon leider weit entfernt.

Bis zum Erscheinen des Rundbriefs werden vier landesweite Bündnistreffen (in Nürnberg, Augsburg, München und Regensburg) stattgefunden haben, bei denen über den Gesetzestext und den Kampagnenplan informiert, sich vernetzt, ausgetauscht und Pläne entwickelt wurden, wie die Sammlung erfolgreich durchgeführt werden kann.

Mit diesen Regionaltreffen wurde auch die Unterschriftensammlung für das Volksbegehren vor Ort gestartet.

Die Initiatoren bitten um Unterstützung dieses Volksbegehrens und diesem Aufruf schließt sich der Gesundheitsladen gerne an.

Unter dem link: <http://gl-m.de/uploadspublic/Getzestext%20Volksbegehren%20Pflegenotstand%20Bayern.pdf> ist der Gesetzestext inkl. seiner politischen Begründung einsehbar. Ziel ist es, das Bayerische Krankenhausgesetz zu ändern und zu ergänzen, um die Gesundheitsversorgung für Alle zu verbessern. Hierfür sollen Mindestpersonalzahlen für Pflegekräfte und andere Berufsgruppen im Krankenhaus festgelegt werden. Das Thema Pflege betrifft und bewegt jede/n von uns.

Machen auch Sie mit, werden Sie Erstunterzeichner*in und sammeln Sie Unterschriften!

Weitere Infos unter: www.stoppt-pflegenotstand.de

Zum Initiatorenkreis gehören:

Peter Friemelt, Patientenvertreter

Ica Fritz, Gesundheits- und Krankenpflegerin

Peter Hoffmann, Arzt und Vorsitzender des Vereins demokratischer Ärztinnen und Ärzte

Adelheid Rupp, Rechtsanwältin

Stefan Jagel, Gesundheits- und Krankenpfleger

Harald Weinberg, MdB, gesundheitspolitischer Sprecher der Linksfraktion



„Wir wollten ins Verderben rennen“: Die Geschichte des Sozialistischen Patientenkollektivs Heidelberg, Christian Pross unter Mitarbeit von Sonja Schweizer und Julia Wagner Psychiatrie Verlag, ISBN: 978-3884146729, 501 Seiten, 40,00 €

Das Sozialistische Patientenkollektiv (SPK) wurde im Februar 1970 in Heidelberg von 52 Psychiatriepatienten unter Leitung eines Assistenzarztes der Poliklinik der Universität Heidelberg, gegründet. Es existierte 17 Monate.

„Will man die Geschichte des SPK Heidelberg verstehen, muss man sich die katastrophalen und menschenunwürdigen Zustände in der damaligen Psychiatrie vergegenwärtigen.“ so steht es in der Einleitung des Buchs.

Hervorragend recherchiert und geschrieben, bietet es ein komplexes, dramatisches und erinnerungswürdiges Stück Zeit- und Psychiatriegeschichte. Lesenswert!!!

Adelheid Schulte-Bocholt



„Gut leben mit Hashimoto“ Dr. med. Joachim Feldkamp TRIAS; ISBN10: 3432104480, 144 Seiten, 17,99 €

Hashimoto-Thyreoiditis ist eine Schilddrüsenerkrankung. Die Autoimmunerkrankung bleibt oft lange unbemerkt und kann sehr unterschiedliche Symptome verursachen. Sie zu behandeln ist eine Herausforderung und benötigt im wahrsten Sinn des Wortes Fingerspitzengefühl.

Der Autor beschreibt Hashimoto von der Ursache bis zur Diagnose und geht auf Therapiemöglichkeiten und hilfreiche Vitalstoffe ein. Praxisnah ist auch eine Übersicht der Antworten auf die wichtigsten Fragen, die sich Betroffene stellen. Ein gut lesbarer Ratgeber für Einsteiger ins Thema.

Der Preis von 17,99 € ist allerdings im Vergleich zu anderen Ratgebern diesen Umfangs eher teurer.

Adelheid Schulte-Bocholt



„Die Vorsorgevollmacht: Was darf der Bevollmächtigte?“ 4. Auflage 2017, 56 Seiten mit heraustrennbarem Vollmacht-Formular C.H. Beck, ISBN 978-3-406-70959-3, 5,50 Euro

Das Buch beleuchtet die rechtlichen Hintergründe der Vorsorgevollmacht und beantwortet alle wichtigen Fragen dazu wie: Was ist eine Vollmacht? Wann darf ich davon Gebrauch machen? Was darf ich tun? Mit vielen Beispielen ist es dem Autor gelungen, das etwas trockene und sperrige Thema auch für Laien verständlich aufzubereiten.

Ein Leitfaden für alle die selbst bevollmächtigt werden oder auch eine Vorsorgevollmacht erteilen wollen. Die Broschüre ist damit

eine wichtige inhaltliche Ergänzung zur den Formularen, die sich in der Broschüre „Vorsorge für Unfall, Krankheit und Alter“ befinden.

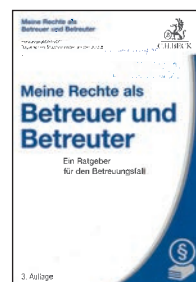
Sarah Kurzak



„Wegweiser im Sterbefall – Bestattung, Behördengänge, Vorsorge“ – Hrsg. Bundesverband Deutscher Bestatter e.V. (BDB), Verlag C.H. Beck, 2. Auflage, August 2016, 48 Seiten, ISBN: 978-3-406-68012-0, € 5,50

Der kurz gehaltene, sehr übersichtlich strukturierte Wegweiser bedenkt umfassend und praxisnah die wesentlichen Themen, Aufgaben und Herausforderungen, mit denen Hinterbliebene durch einen Todesfall konfrontiert sind. Dem Trauerprozess und dessen Aspekten ist ein eigenes Kapitel gewidmet – informativ und einfühlsam. Die Leser*innen erfahren Hilfreiches dazu, was vor einer Beerdigung auf die Angehörigen zukommt und zu den verschiedenen Bestattungsarten. Sie werden ebenfalls über wichtige Möglichkeiten der Vorsorge aufgeklärt. Besonders gelobt werden können das strukturierte und übersichtlich gestaltete Layout, sowie die eingearbeiteten Check-Listen für die schnelle Rekapitulation, ob an alles gedacht ist. Eine Übersicht zu den in den einzelnen Bundesländern unterschiedlich geregelten Ruhezeiten nach dem jeweils geltenden Bestattungsrecht und ein angehängtes Glossar runden den Informationsgehalt der Broschüre positiv ab. Empfehlenswert!

Waltraud Kröner



„Meine Rechte als Betreuer und Betreuter – Ein Ratgeber für den Betreuungsfall“ – Prof.Dr.Dr.h.c. Walter Zimmermann, Vizepräsident des LG Passau a.D., Hrsg. Bayerisches Staatsministerium der Justiz, 3. Auflage, September 2017, C.H.Beck-Verlag, 55 Seiten, ISBN: 978-3-406-70030-9, € 5,50

Die Broschüre informiert über die rechtlichen Voraussetzungen einer Betreuung, die verschiedenen Aufgabenfelder einer Betreuer*in, deren Rechte und Pflichten sowie über Vergütung und Kosten u.v.a.m. Die Leser*innen werden darüber aufgeklärt, was unter einer „Betreuung“ zu verstehen ist, wie sich die Betreuungsverfügung gegenüber der Vorsorgevollmacht und der Patientenverfügung unterscheidet und wie eine Betreuung angeordnet wird. Dabei wird auch die Stellung der Angehörigen beleuchtet, auf Fragen eingegangen, die sich aus dem Tod des Betreuten ergeben, sowie auf die Aufgaben und Unterstützungsmöglichkeiten durch die Betreuungsvereine und Betreuungsbehörden hingewiesen.

Der Inhalt ist übersichtlich und klar strukturiert. Beispielsfälle und Muster unterstützen das Verständnis. Die rechtlichen Grundlagen sind so abgebildet, dass sie auch für Nicht-Juristen sehr gut verständlich sind. Eine umfassende und hilfreiche Informations-Broschüre!

Waltraud Kröner

April 2018 „Kieferorthopäden außer Kontrolle“

war die Schlagzeile im April bei SPIEGEL ONLINE. Das Thema wurde breit auch von anderen Medien aufgegriffen.



Dieser Schlagzeile zugrunde lag die Kritik des Bundesrechnungshofs, dass viel Geld für die kieferorthopädische Behandlung fließt, ohne dass weder das Bundesgesundheitsministerium noch die Krankenkassen fundierte Erkenntnisse über Wirkung und Nutzen solcher Behandlungen haben.

Dieser Misstand sei auch nicht neu: Er wäre vom Sachverständigenrat zur Begutachtung der Entwicklung im Gesundheitswesen und dem Deutschen Institut für Medizinische Dokumentation und Information vor Jahren schon kritisiert worden.

Gesetzlichen Krankenkassen investieren jährlich mehr als eine Milliarde Euro in Behandlungen beim Kieferorthopäden, so der Bundesrechnungshof. Zwischen 2008 und 2016 haben sich die Ausgaben pro Patient in diesem Bereich etwa verdoppelt. Kieferorthopädisch behandelt werden vorwiegend Kinder und Jugendliche, bei denen bei medizinischer Notwendigkeit die Kosten bis auf einen zunächst selbst zu tragenden Anteil von der GKV übernommen werden.

Dazu kommen nicht unwesentliche Kosten in Form von Selbstzahlerleistungen (Individuellen Gesundheitsleistungen) die die Patienten selbst übernehmen müssen.

Der Bundesrechnungshof fordert massiv eine Versorgungsforschung ein. Sonst bleibe fraglich wie sinnvoll die jeweiligen Therapien (sowohl als Kassen- als auch als Selbstzahlerleistungen) überhaupt seien.

Der Bundesrechnungshof ist Kontrollbehörde für die gesetzlichen Kassen.

Weitere Infos:

<https://www.bundesrechnungshof.de>, Stichwort Kieferorthopädie.

NEUES:

Kassenbeiträge für Selbständige

Januar 2018

Am 1.1.2018 änderte sich die Festsetzung des Krankenversicherungsbeitrag von Selbständigen, die in der gesetzlichen Krankenversicherung versichert sind. Bis dahin wurden diese auf Grundlage des letzten Einkommensteuerbescheides festgesetzt und waren damit für das laufende Kalenderjahr gültig.

Seit dem 1.1.2018 werden die Beiträge zunächst nur vorläufig festgesetzt. Sobald der Versicherte seinen Einkommensteuerbescheid für das ausgelaufene Jahr erhält und der Kasse vorlegt, nimmt diese eine endgültige Beitragseinstufung anhand der tatsächlich erzielten Einnahmen vor.

Auf Basis des neuen Einkommensteuerbescheides werden dann für die Zukunft die Beiträge zunächst wieder vorläufig festgesetzt.

Selbstständige müssen den Einkommensteuerbescheid innerhalb von drei Jahren bei ihrer Kasse vorlegen. Kommen sie dieser Verpflichtung nicht nach, muss er für das nicht nachgewiesene Kalenderjahr rückwirkend den monatlichen Höchstbeitrag zahlen. Dieser beträgt 2018: 758,89 Euro pro Monat.

Somit kann es zu Beitragsnachforderungen durch die Kasse kommen oder Versicherte bekommen zu viel gezahlte Beiträge zurückerstattet.

Aber: Es gibt Ausnahmen bei Einkünften oberhalb der Beitragsbemessungsgrenze!

Mai 2018 „Häufig angebotene IGeL widersprechen medizinischen Empfehlungen und können schaden“

titelte der MDS (Medizinische Dienst des Spitzenverbandes der Gesetzlichen Krankenkassen) Anfang Mai in seinem „IGeL-Report 2018“.

Jede/r Zweite bekommt demnach beim Arztbesuch privat zu zahlende Individuelle Gesundheitsleistungen (IGeL) angeboten. Die 10 häufigst angebotenen IGeL sind der unten aufgeführten Tabelle zu entnehmen.

Kernaussagen des Reports sind z.B.:

- „Das Vertrauen wird nicht gestärkt, Patienten fühlen sich bedrängt.“
- „Das Informationsdefizit bei Schäden ist groß.“
- „Die beiden häufigsten IGeL widersprechen Empfehlungen ärztlicher Fachverbände.“

Weiter Infos unter: <https://www.igel-monitor.de>

Top 10-IGeL beim Arzt

	Prozent	Bewertung des IGeL-Monitors
Augeninnendruckmessung zur Glaukom-Früherkennung	22 %	tendenziell negativ
Ultraschall der Eierstöcke zur Krebsfrüherkennung	19 %	negativ
Ultraschall der Brust zur Krebsfrüherkennung	12 %	unklar
PSA-Test zur Früherkennung von Prostatakrebs	7 %	tendenziell negativ
Ultraschall (transvaginal) des Bauchraums (Eierstöcke/Gebärmutter)	6 %	*
Dermatoskopie zur Hautkrebs-Vorsorge	6 %	*
Blutuntersuchungen ergänzend zur Kassenleistung	5 %	*
Augenspiegelung mit Messung des Augeninnendrucks zur Glaukom-Früherkennung	5 %	tendenziell negativ
Reisemedizinische Versorgung	4 %	**
HPV-Test zur Früherkennung von Gebärmutterhalskrebs	4 %	

* zum Teil bewertet

** Beschreibung ohne Bewertung

Frage: Welche IGeL wurden Ihnen in den vergangenen 3 Jahren in einer Arztpraxis angeboten bzw. nach welchen haben Sie selbst gefragt?

Basis: 748 Befragte haben 1275 Arztleistungen genannt; Prozentwerte beziehen sich auf die Anzahl der Befragten

Quelle: IGeL-Monitor/MDS 2018

voraussichtlich
ab Juli 2018

Mehr Zahngesundheit

Wer eine Pflegestufe hat oder wegen einer Behinderung Eingliederungshilfe erhält, kann sich künftig zweimal im Jahr beim Zahnarzt im Rahmen der Vorsorgeuntersuchungen Zahnstein entfernen lassen. Alle anderen Versicherten haben diesen Anspruch einmal jährlich.

Für diese Seite:

Adelheid Schulte-Bocholt

Das bayerische Psychisch-Kranken-Hilfe-Gesetz - Rückschritt? Fehlschritt? Fortschritt?

Bayern hat endlich sein antiquiertes Unterbringungsrecht für psychisch Kranke reformiert. Ein neues Psychisch-Kranken-Hilfe-Gesetz (PsychKHG) wurde am 11. Juli vom Landtag beschlossen. Der ursprüngliche Gesetzentwurf war auf breite Kritik von Fachleuten und Betroffenen gestoßen. Sämtliche Medien hatten diese Kritik aufgegriffen.

Auch der Gesundheitsladen gehörte zu den Kritikern. Zusammen mit dem Netzwerk Psychiatrie München e.V., dem Verein Demokratischer Ärztinnen und Ärzte (vdää) und den Internationale Ärzten für die Verhütung des Atomkrieges – Ärzte in sozialer Verantwortung e.V. (IPPNW) Oberbayern veranstaltete er am 17. April eine sehr gut besuchte (ca. 170 Personen) Podiumsdiskussion mit Fachleuten und Vertretern von Betroffenenorganisationen:

- **Margarete Blank**, Bayerischer Landesverband Psychiatrie-Erfahrener e.V.
- **Prof. Peter Brieger**, Ärztlicher Direktor des kbo-Isar-Amper-Klinikums
- **Rechtsanwalt Dr. Rolf Marschner**, München
- **Karl Heinz Möhrmann**, Landesverband Bayern der Angehörigen psychisch Kranker e.V.
- **Celia Wenk-Wolff**, Bayerischer Bezirksrat
- **Rudolf Winzen**, Beschwerde- und Beratungsstelle KOMPASS
- Moderation: **Monika Dollinger** (Bayerischer Rundfunk)

Ende April wurde dann in einer mehrstündigen Experten-Anhörung des Landtags die Kritik an dem Gesetz von diversen kompetenten Fachleuten im Detail vorgebracht.

Die gesammelte Kritik der Fachwelt und der Medien hatte in mehreren wichtigen Punkten Erfolg: Der Landtag hat nun ein Gesetz verabschiedet, das der Kritik weitgehend Rechnung trägt.

Positive Änderungen sind:

- Als Zweck der Unterbringung wird nun an erster Stelle die Hilfe für Betroffene genannt, vorher war die Gefahrenabwehr im Vordergrund gestanden.
- Die begriffliche Nähe zur Forensischen Psychiatrie, die im ursprünglichen Entwurf an zahllosen Stellen zu finden war, ist nun nahezu verschwunden. Einzig beim Datenschutz (Art. 31) wird noch auf das Maßregelvollzugsgesetz verwiesen.

- Die ursprünglich geplante Datenbank mit sensiblen Patienten-Daten, auf die Polizei und Ordnungsbehörden Zugriff hätten haben sollen, wird es nicht geben.
- Zu allen Unterbringungs- und Zwangsmaßnahmen werden nun Daten erhoben, die anonymisiert in einem „Meleregister“ gespeichert werden; dies dient der Qualitätskontrolle.
- Es werden flächendeckend in ganz Bayern Krisendienste eingerichtet. Damit ist Bayern in einem wichtigen Punkt ausnahmsweise einmal Vorreiter unter den Bundesländern.
- Statt Unterbringungs-Beiräten wird es nun wie bisher Besuchskommissionen geben, deren Rechte sogar gestärkt werden: Sie können die Einrichtungen unangemeldet besuchen und mit Patient/innen ohne Überwachung reden, sie können Beschwerden und Anregungen entgegennehmen und an die Einrichtung bzw. an eine „Fachaufsichtsbehörde“ weiterleiten.
- Alle drei Jahre wird es einen Psychiatriebericht an den Landtag geben, der die ambulante und die stationäre Versorgung umfasst (und hoffentlich auch selbstkritische Aspekte enthält).
- Selbsthilfeorganisationen werden in die Planung der psychiatrischen Versorgung einbezogen.

Nach wie vor bestehende Kritik der Fachwelt:

- Als einer der Gründe für eine Unterbringung wird die „Gefährdung des Allgemeinwohls“ genannt. Durch diese schwammige Formulierung wird der Kreis der potentiell Betroffenen massiv ausgeweitet.
- Zwar kommt die bisher vorgesehene Unterbringungsdatei nicht mehr im Gesetz vor (siehe oben), jedoch werden in Zukunft die Daten von Patient/innen, die als fremdgefährdend eingestuft worden sind, an die Polizei und die Kreisverwaltungsbehörde gemeldet. Diese Speicherung von persönlichen Daten ist überflüssig, weil sie keinerlei

Beitrag zur Prävention von eventuellen zukünftigen Krisen leisten kann. Sie ist zudem schlichtweg diskriminierend.

- Besuchskommissionen: Deren Mitglieder werden von einer Behörde benannt, der erwähnten Fachaufsichtsbehörde bzw. dem Justizministerium. Vertreter von Betroffenenorganisationen und Mandatsträger (Mitglieder von Landtag oder Bezirkstag) können allenfalls nach dem Ermessen der Behörde berufen werden.
- Bei einer sofortigen Unterbringung durch die Polizei muss ein Krisendienst leider nicht zwingend hinzugezogen werden.
- Selbsthilfeorganisationen werden zwar in die Planung der psychiatrischen Versorgung einbezogen (siehe oben), allerdings mit einer wenig verbindlichen Formulierung: „... in angemessenem Umfang ...“.
- Unabhängige Beschwerdestellen sind in dem Entwurf nicht vorgesehen, lediglich behördeninterne (die genannte Fachaufsichtsbehörde). Erstere gibt es bisher ausschließlich im Bezirk Oberbayern. Sie werden von engagierten Ehrenamtlichen betrieben, deren Möglichkeiten naturgemäß begrenzt sind.

Damit hat Bayern – bei aller berechtigten Kritik – in Bezug auf eine moderne psychiatrische Versorgung endlich den Anschluss an andere Bundesländer gefunden.

Rudolf Winzen (Netzwerk Psychiatrie)

Veranstaltungshinweis:

Am **16.10. um 19 Uhr** informiert Rechtsanwalt Rolf Marschner über das neue Psychisch-Kranken-Hilfe-Gesetz.

Ort: Uni München, Psycholog. Institut („Schweinchenbau“), Leopoldstr. 13, Hörsaal im Keller.

Wir werden diese Veranstaltung auch noch auf unserer Website ankündigen.



„Gesundheit für alle!“ – 40 Jahre Deklaration von Alma-Ata

Im Mai diesen Jahres veranstaltete das International Network of Universities of Applied Sciences (INUAS) einen Expert*innen-Workshop „Primary Health Care“ in der Hochschule München. Hintergrund war das 40-jährige Jubiläum der Deklaration von Alma-Ata der Weltgesundheitsorganisation WHO. Im Zentrum dabei stand sowohl eine Bestandsaufnahme als auch der aktuelle Umsetzungsstand der Forderungen für eine Basisgesundheitsversorgung. Es stellte sich ein bunter Strauß von Projekten vor, die die Ziele der Deklaration von 1978 bzw. deren



plished Sciences -Netzwerk (INUAS) einen Expert*innen-Workshop „Primary Health Care“ in der Hochschule München. Hintergrund war das 40-jährige Jubiläum der Deklaration von Alma-Ata der Weltgesundheitsorganisation WHO. Im Zentrum dabei stand sowohl eine Bestandsaufnahme als auch der aktuelle Umsetzungsstand der Forderungen für eine Basisgesundheitsversorgung. Es stellte sich ein bunter Strauß von Projekten vor, die die Ziele der Deklaration von 1978 bzw. deren

Weiterentwicklung in der so genannten Ottawa-Charta von 1986 aufgegriffen und umgesetzt haben. Dabei waren u. a. das MiMi-Projekt (von Migranten für Migranten), die Koordinierungsstelle „Gesundheitliche Chancengleichheit“ der reorganisierten Landeszentrale für Gesundheit in Bayern (LZG) oder das Dorfentwicklungsprojekt „Rosina“ in Rumänien. Auch der Gesundheitsladen München als kommunale Patientenberatungsstelle war eingeladen, seine Angebote bzw. seine Umsetzungen zur Basisgesundheitsversorgung vorzustellen. Die Beiträge des Expert*innen-Workshops werden in ein Buchprojekt zu diesem Thema münden, für das der Gesundheitsladen München ebenfalls ein Kapitel beibringen wird.

Jürgen Kretschmer

Gesundheitstage Fürstenfeldbruck



11. Fürstenfelder Gesundheitstage 16.-17.6.18

Auf dem wunderbaren Schloßgelände in Fürstenfeldbruck fanden am 16. und 17. Juni die Fürstenfelder Gesundheitstage statt.

Es wurden rund 100 Vorträge, Diskussionsforen und Mitmachaktionen geboten, die zu Wohlbefinden und Gesundheit anregen sollten.



Zahlreiche Anbietern von Gesundheitsleistungen präsentierten sich und ihre Produkte dem interessierten Publikum. Wir haben den Gesundheitsladen dort zusammen mit der Selbsthilfegruppe Zöliakie, Ortsgruppe Südbayern vertreten und hatten sehr viele interessante Gespräche mit Patienten und Angehörigen. Mit unserem Vortrag „Patientenrechte und Ärztepfllichten“ bildeten wir einen Teil des vielseitigen und interessanten Tagungsprogramms.

Carola Sraier

„Patientenrechte/Ärztepfllichten“ für internationale Frauen im Projekt-Laden International Haidhausen

Die tägliche Beratungsarbeit im Gesundheitsladen macht deutlich, dass der Bedarf an Unterstützung und Gesundheitskompetenzvermittlung sehr hoch ist. Besonders Menschen mit einer anderen Muttersprache als Deutsch, finden sich häufig in den komplexen Systemanforderungen nicht zurecht. Auf Einladung einer Gruppe internationaler Frauen konnten wir einen interaktiven Vortrag im Projekt-Laden Haidhausen gestalten.



Erfahrungen mit dem deutschen Gesundheitswesen hatten alle Frauen. So konnten wir anhand von ihren Beispielen die Patientenrechte und Ärztepfllichten leicht verständlich vermitteln. Besonders der Bereich der Individuellen Gesundheitsleistungen beim Facharzt und Zahnarzt war allen Frauen sehr gut bekannt.

Als Patientenberaterinnen und Patientenvertreter ist es uns ein besonderes Anliegen, diese Frauen vor unnötigen Kostenfallen zu schützen und sie in der Wahrnehmung ihrer Rechte zu stärken. Gern folgen wir auch in Zukunft der Einladung der internationalen Frauen in München.

Carola Sraier und Petrit Beqiri

25. April 2018, der 21. Tag gegen Lärm



Der diesjährige Tag gegen Lärm hatte das Motto „**Laut war gestern**“ und stand auch heuer in München wieder unter der Schirmherrschaft der Gesundheits- und Umweltreferentin Stephanie Jacobs.

Nach den schlechten Wetter-Erfahrungen in den letzten Jahren

haben wir dieses Jahr auf einen Infomarkt und eine zentrale Veranstaltung verzichtet und stattdessen verschiedene Einzel-Angebote ausprobiert und Dank unserer vielen Kooperationspartner*innen konnten wir wieder ein schönes Programm anbieten:

Meditationen, Vogelstimmen- und Fledermausführungen und einen Vortrag zu Nachbarschaftsstreitigkeiten wegen Lärm, Kinder erkundeten auf leisen Sohlen ihre Umgebung. Es gab Vorträge und Infostände zu Tinnitus und Leben mit Schwerhörigkeit und zum ersten Mal auch ein Frühlingskonzert und die bewährte Führung zu den autofreien Projekten in der Messestadt Riem. Auch in Gräfelfing gab es, wie in den Vorjahren, Workshops für Schulklassen, Infostände und Hörtests.

Ein besonderes High-Light war heuer der „Tag der offenen Tür“ beim Lehr-

stuhl für Audio-Signalverarbeitung an der TU München bei Prof. Seeber, wo Besucher*innen einen reflexionsarmen Raum erleben konnten. Ein 3D-Lautsprechersystem mit 60 Kanälen erzeugt virtuelle Klangwelten. Das Interesse war groß, es kam sogar zu längeren Wartezeiten.

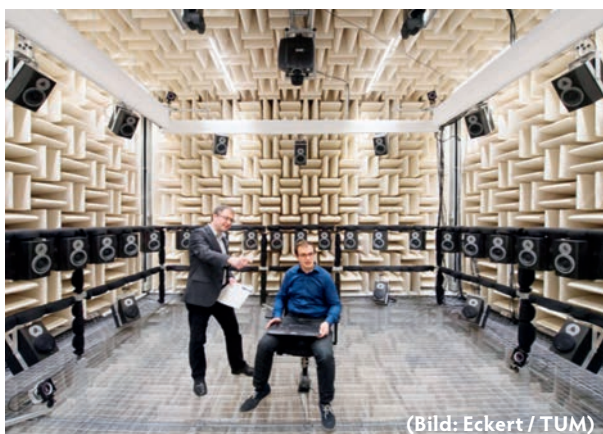
Angebote vom bzw. mit dem Gesundheitsladen München



Auch im neuen Gesundheitsladen gab es einige Angebote, wie etwa eine Einführung in den Umgang mit dem Lärmkoffer, Hörtests zu den Beratungszeiten (in Kooperation mit Hörgeräte Seifert) am 25. April und im Rahmen der Kulturtage Westend einen internationalen Sing-Abend mit Margarete Löwensprung, sowie einen Tanz- und Bewegungsnachmittag mit der Tanztherapeutin Brigitte Bergmann unter dem Motto „Was ich höre, wird zu Bild und Tanz“.

„Gute Akustik macht Schule - Chancen bei Sanierung und Neubau von Schulen nutzen“ am 25.4.2018

In Kooperation mit dem BLLV, dem Berufsverband Bayerischer Hörgeschädigtenpädagogen und dem Netzwerk Hörbehinderung Bayern fand diese Fachveranstaltung heuer in der Mittelschule Gerhart-Hauptmann-Ring statt. Sie richtete sich vor allem an Planer*innen, Schul- und Baubehörden und Schulleiter*innen, aber war natürlich auch für interessierte Eltern und Lehrer*innen offen. Ulrike Girardet, Hörgeschädigtenpädagogin, referierte, warum eine gute Raumakustik in den Schulen so wichtig ist, nicht nur für den Lernerfolg, sondern auch für das soziale Klima und das Wohlbefinden aller Kinder und Jugendlicher, aber auch des Lehr- und pädagogischen Personals. Dipl.-Ing. Peter Hammelbacher stellte dann vor, wie sich mit einem überschaubaren finanziellen und technischen Aufwand eine gute Akustik und damit bessere Arbeits- und Lernbedingungen erreichen lassen. Mit dem Publikum entwickelte sich eine sehr rege und ausführliche Diskussion.



(Bild: Eckert / TUM)

Der Lärmkoffer mit akustischen Experimenten ist weiterhin entleihbar.

Materialien und Anleitungen zu Unterrichtsbausteinen sind hierin enthalten. Damit Schulen niedrigschwellig das Wissen über Hören und seine physiologischen und physikalischen Grundlagen, Wirkungen von Klang und Lärm auf Wohlbefinden und Gesundheit sowie Maßnahmen zum Schutz des Gehörs an Schüler*innen weitergeben können, kommen wir auch in die Bildungsstätten. Das Angebot ist geeignet für Kinder zwischen etwa 6 und 12 Jahren. Wenden Sie sich an tag-gegen-laerm@gl-m.de.

Hörspaziergang am Westpark, 4. Juni 2018

„Klanglandschaft zwischen Park, Mittlerem Ring und Wohngebieten“

„AK Lärm in Kooperation mit dem ASZ Westpark“:

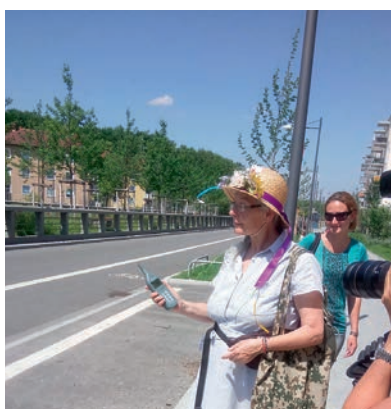
Bei strahlendem Sonnenschein starteten wir, ausgerüstet mit Schallpegelmessgerät und Lärmkarte, mit einer Gruppe von 12 Personen im ASZ Westpark, um insbesondere zu hören, wo der 2017 fertiggestellte Tunnel samt Begrünung Aufwertung für das Viertel gebracht hat und wo der Lärm geblieben ist. Rainer Kühne und Alfons Schmalzbauer, zwei ehemalige Mitarbeiter des LfU, gaben über die vielen Fragen nach Wirkung von Lärm, Messungen, Zuständigkeiten und über den Schutz ruhiger Gebiete Auskunft.



Bei der Tunnelaus- und -einfahrt an der Hinterbärenbadstraße überfällt einen der Lärm. Die Lärmschutzwand an diesem Haus ist nicht ausreichend hoch. Sie schützt nur die ersten zwei Stockwerke.

Wir bedanken uns ganz herzlich bei Allen, die auch dieses Jahr wieder einen vielfältigen „Tag gegen Lärm“ möglich gemacht haben.

Wir planen heuer noch eine Hörekkursion durch das Westend (unseren neuen Standort) und in Kooperation mit dem Münchner Forum eine durch die Altstadt. Termine finden Sie rechtzeitig auf unse-



Auf dem „Mittelstreifen“ der nun deutlich ruhiger gewordenen Straße laden Bänke und Grün zum Verweilen ein. Allerdings wird dieses Angebot kaum angenommen.



Lärm zerstört – für immer

www.bgbau.de

BAGP-Rundbrief 1.18

Digitaler Wandel im Gesundheitswesen – für Patienten optimiert?

Nach einer schleppenden Einführung elektronischer Anwendungen im Gesundheitswesen und einer unentschlossenen Haltung vieler Akteure inklusive der Patientinnen und Patienten zu den Themen der Digitalisierung in der Gesundheitsversorgung, wie Gesundheits-Apps, Big Data, Robotik und Künstliche Intelligenz, finden derzeit sowohl ein optimistischer Aufbruch als auch gleichzeitig ein skeptisches Innehalten aufgrund der vielen kriminellen IT-Einbrüche und der erkennbaren gesellschaftlichen Veränderungen infolge der digitalen Entwicklungen statt.



Aus Sicht von Patientinnen und Patienten - und deren Sprachrohr - der BAGP ist eine Bewertung des Für und Wider sehr komplex und daher schwierig. Eine gute Diabetes-App kann dem einzelnen Patienten hilfreich sein und sein Behandlungsregime optimieren, ein OP-Roboter kann einen neurochirurgischen Eingriff assistieren oder selbst präziser durchführen als ein Operateur, ein elektronisches Warnsystem kann eine Medikamentenunverträglichkeit leichter signalisieren und eine elektronische Patientenakte kann die Kommunikation zwischen den Akteuren erleichtern. Wir als Patienten und als deren Vertreter müssen uns aber vor allem auch fragen, ob wir all diese Produkte brauchen und damit besser versorgt und gesünder wären. Denn die Zweckbestimmung der Digitalisierung muss lauten: Bessere Versorgung, hohe Qualität und gute Gesundheit mit mehr Lebensqualität.

Derzeit finden beinahe täglich Veranstaltungen zur „Digitalisierung im Gesundheitswesen“ aus den ver-

schiedensten Blickwinkeln statt. Auch das Aktionsbündnis Patientensicherheit (APS) widmete sich in seiner diesjährigen Jahrestagung in Berlin zwei Tage lang dem Thema „Digitalisierung und Patientensicherheit“ in 30 Veranstaltungen, Workshops, Plenen. In diesem Beitrag können nur einige Aspekte herausgegriffen werden.

In seinem Vorwort zur APS-Tagung verwies Herr Ludwig – Abteilungsleiter „Digitalisierung und Innovation“ im Bundesministerium für Gesundheit – neben den positiven Chancen immerhin auch darauf, dass die

Bundesregierung den digitalen Wandel im Gesundheitswesen nach dem Nutzen für das System „Versorgung“ bewerten werde. Denn nicht alles was technisch machbar sei, habe einen Mehrwert für den Patienten.

Die Tagung beleuchtete vor allem die Möglichkeiten und Anwendungen von Digitalisierung in der Versorgung, wie

elektronische / digitale Kommunikation (z. B. Videodolmetschen), Vernetzung (z. B. Big Data), Gesundheits-Apps, aber auch den damit einhergehenden bzw. „notwendigen“ Strukturwandel. In seinem Einführungsvortrag stellte Herr Dr. Caumanns vom Fraunhofer-Institut die These auf, dass Digitalisierung dann erfolgreich sei, wenn sie Bequemlichkeit fördere. Das sei in Deutschland bisher nicht der Fall. Andererseits war unter den Anwesenden „common sense“, dass die digitale Entwicklung im Gesundheitswesen nicht aufzuhalten sei. Hardy Müller, Vorstand vom APS, sieht daher eine Steigerung der „Digital Health Literacy“ in der Bevölkerung für dringend notwendig, um die Betroffenen bei dieser Entwicklung „mitzunehmen“. Das APS entwickelte dazu unter anderem eine Checkliste zu Gesundheits-Apps und stellte diese in einem eigenen Workshop vor.

Dabei ist es möglich, anhand eines Kriterienkatalogs eine App auf Sinnhaftigkeit, Seriosität, Sicherheit, Da

Bundesarbeitsgemeinschaft
der PatientInnenstellen
(BAGP)

Astallerstr. 14
80339 München

TELEFON
089 / 76 75 51 31

FAX
089 / 725 04 74

web: www.bagp.de
mail: mail@bagp.de

Sprechzeiten:
Di - Do 13 - 14 Uhr
und AB



**B
A
G
P
Kurzprofil**

Seit 1989 bündeln PatientInnenstellen und -Initiativen bundesweit ihre Ressourcen und Kompetenzen, um als BAGP effektiver handeln zu können. Kern der Arbeit ist die Information, Beratung und Beschwerdeunterstützung von Versicherten und PatientInnen bei gesundheitlichen Fragen und Problemen mit Institutionen oder Anbietern im Gesundheitswesen.

Zentrales Ziel der BAGP ist ein soziales, solidarisches, demokratisches, nicht hierarchisches Gesundheitssystem, in dem PatientInnen und Versicherte gleichberechtigte PartnerInnen sind. Die BAGP setzt sich gemeinsam mit anderen Patientenorganisationen und weiteren BündnispartnerInnen für dieses Ziel ein.

tenschutz u. v. m. einzuschätzen. Es wird allerdings auf eine Priorisierung der Kriterien verzichtet, genauso wie auf eine „Empfehlungsliste“ oder „Ampel“, was gute oder weniger gute Apps seien.

In diesem Zusammenhang wurden auch die Qualitätssicherung und mögliche Zertifizierungen von Apps diskutiert. Der Wunsch dabei ist, dass eine neutrale Institution – beispielsweise Stiftung Warentest – eine solche Prüfung und Bewertung vornehmen solle. Dies scheint allerdings aufgrund der puren Vielzahl von mobilen Anwendungen illusorisch.

Ein weiterer Workshop befasste sich mit der Frage, wie mobile Anwendungen in den Versorgungsalltag kommen und damit auch von den gesetzlichen Krankenkassen als Leistung gezahlt oder bezuschusst werden können.

Dabei wurde zunächst festgehalten, dass derzeit 95 % der Gesundheits-Apps auf dem (Download-)Markt von Gesunden für Gesunde entwickelt wurden. Außerdem befinden sich bisher diese Apps fast ausschließlich im so genannten 2. oder 3. Gesundheitsmarkt – sprich im Selbstzahlermarkt. Weitere Aspekte, die hemmend auf eine Implementierung in den Versorgungsalltag wirken, wurden benannt wie:

- die Einschätzung „Digital Health“ als Selbstzweck
- kein evidenzbasierter Mehrwert der Anwendungen
- kein nachweisbarer ökonomischer Nutzen.

Der Datenschutz wurde nur als vorge-schobener Grund gesehen. Außerdem wird die Schwierigkeit gesehen, dass die Apps unter Umständen nicht dauerhaft von den Anwendern genutzt werden. Es gibt erste Hinweise darauf, dass die durchschnittliche Nutzungsdauer der mobilen Anwendungen sehr kurz ist. Auch dies stellt einen dauerhaften Nutzen oder Wirkung dieser Anwendungen in Frage. Des Weiteren gilt der Nutzenbewertungszyklus durch den Gemeinsamen Bundesausschuss – als Voraussetzung für die Aufnahme einer Anwendung in den Leistungskatalog der gesetzlichen Krankenkassen –

als Hindernis. Von der Antragstellung bis zur Aufnahme dauert der Vorgang mindestens 3 Jahre. Erstens müsste der Hersteller einer App – oft kleinere start-ups – 3 Jahre überleben, ohne etwas verdienen zu können. Zweitens beträgt der Update- oder Upgradezyklus einer App durchschnittlich ca. 3 Monate. Das bedeutet, dass die Zeitfenster nicht zusammenpassen und nach 3 Jahren die Nutzenbewertung für eine Anwendung erfolgt, die inzwischen schon mehrfach weiterentwickelt worden ist.

Ein schon „gelebtes“ Beispiel dazu ist der Aufbau der Telematikinfrastruktur. Vor über einem Jahrzehnt begonnen, scheint die geplante Technologie (von damals) nach Ansicht von Experten weit hinter dem zurück zu sein, was heute Stand der Technik ist und welche Möglichkeiten und Anforderungen es gibt: z. B. ist derzeit der Ruf immer lauter, dass alles auch mobil über das Smartphone bedienbar sein müsse...

In ihrem Abschlussvortrag schilderte Frau Prof. Dr. Belliger, Co-Leiterin des Instituts für Kommunikation & Führung – Luzern, schlaglichtartig die digitale Transformation im Gesundheitswesen in bunten, „blühenden“ Farben. Sie wies darauf hin, dass Technologie stets ein Katalysator für eine Entwicklung ist. Eine technikgetriebene digitale Transformation jedoch muss einhergehen mit einem „angepassten“ Wertekanon: offene Kommunikation, Transparenz, Partizipation. Aus unserer Sicht findet dieser wichtige Aspekt der kritischen Auseinandersetzung unter Beteiligung von Nutzern und Anbietern nicht hinreichend statt.

Bei der sich anschließenden Podiumsdiskussion wurden auch kritische Töne angeschlagen. Vor allem Herr Prof. Dr. Antes, wissenschaftlicher Leiter von Cochrane Deutschland, übte zu einigen Aspekten Fundamentalkritik. Zunächst wollte er das Wort „Innovation“ aus dem Wortschatz verbieten: „Alles was neu ist, ist innovativ. Bei weitem nicht alles was innovativ ist, bedeutet Fortschritt.“, so Antes. Seiner Ansicht nach „ist der Datengenerierungsprozess falsch“ (Stichwort Big Data). Je mehr Daten erhoben

werden, desto schwieriger wird es, die „guten“ oder „wichtigen“ Daten herauszufiltern, weil das „Hintergrundrauschen“ bei großen Datenmengen immer größer wird. Vereinfacht kann man sagen: zu viele Daten bringen mehr Chaos als gute Ergebnisse; je mehr Daten umso „schlechter“, weil wir die „richtigen“ nicht mehr finden. Daher lautet seine aktuelle Forderung nicht „Big Data“, sondern „Smart Data“ oder „Deep Data“. Nicht zu vergessen sei außerdem, dass (viele) Daten lediglich Korrelationen schaffen, aber keine Kausalitäten. Das sei bei der Bewertung stets mit Gefahren verbunden.

Außerdem kritisierte Antes, dass bei der Digitalisierung und Big Data keinerlei Qualitäts- und Schadensbetrachtungen stattfänden und die Risiken ausgeblendet werden.

Prof. Hecken, Vorsitzender des Gemeinsamen Bundesausschusses (GBA), trat mit Vehemenz dafür ein, dass digitale Anwendungen – wollten sie von den gesetzlichen Krankenkassen als Leistung angenommen werden – stets die Qualitäts- und Nutzenüberprüfung durch den GBA durchlaufen müssen, um ein größtmögliches Maß an Patientensicherheit zu gewährleisten.

Insgesamt war die APS-Jahrestagung sehr vielfältig und berücksichtigte ein großes Spektrum von Aspekten des digitalen Wandels im Gesundheitswesen.

Es wäre aus unserer Sicht wünschenswert gewesen, wenn mehr kritische Beiträge auf der Tagung Platz gefunden hätten, damit eine breite Diskussion stattfinden oder diese eingeleitet werden kann.

Aufgrund der dominanten Präsenz in der (Fach-)Öffentlichkeit und der Wichtigkeit des Themas „Digitalisierung im Gesundheitswesen“ arbeitet die BAGP an einem Positionspapier hierzu. Dies ist momentan in der Abstimmung und wird nach Fertigstellung im Spätsommer vorgestellt.

Jürgen Kretschmer

Wir laden ein zur Veranstaltung Gesundheitspolitische Wahlprüfsteine Landtagswahl 2018 „Patientenversorgung im Notfall – Wo werden wir wie behandelt?“

Datum: 12.09.2018 um 18.30 Uhr

Ort: Bayerischer Rundfunk-Saal am Rundfunkplatz München

Podiumsgäste:

Kathrin Sonnenholzner, SPD

Bernhard Seidenath, CSU

Ulli Leiner, Grüne

Prof. Peter Bauer, Freie Wähler



Moderation: Sybille Giel, BR

Unsere Veranstaltung zur Landtagswahl in Bayern wird in Medienkooperation mit BR 2 durchgeführt.

Mit Vertretern der Landtagsparteien wollen wir im Wesentlichen die Notfallversorgung diskutieren und erfragen, welche politischen Wege zur Sicherstellung der Patientenversorgung in der nächsten Legislatur geplant sind.

Moderieren wird den Abend die Redakteurin Sybille Giel vom BR. Darüber hinaus ist eine Sendung zur Veranstaltung im Notizbuch auf BR 2 geplant.

Wir werden dazu noch extra einladen.



Theatergruppe 2018 der Buko-Pharma-Kampagne

BUKO Pharma-Kampagne

**Schluck & weg – Das Straßentheater der
BUKO-Pharmakampagne
beleuchtet den Klimawandel und dessen
dramatische Folgen für die globale
Gesundheit mit einer skurrilen Komödie:
„Ein Königreich am Abgrund!“**

Die zunehmende Erderwärmung bedroht unsere Gesundheit. Die WHO rechnet ab 2030 weltweit mit 250.000 zusätzlichen Todesfällen p.a., die durch den Klimawandel verursacht werden – insbesondere in armen Ländern. Schluck & weg ist eine Aktion der BUKO Pharma-Kampagne in Bielefeld, die seit rund 30 Jahren ungesunde Pharmageschäfte publik macht.

Auf dem Münchner Odeonsplatz ist das Stück zu sehen.

Datum: Dienstag, 18.09.2018

Zeit: mehrmals in der Zeit von 9:30 – 13 Uhr.

Zum Stück:

Königin Isabella leidet. Seit Wochen plagt sie schwerer Durchfall. Ihren Untertanen geht es nicht besser: Im ganzen Königreich gibt es keine gesunde Nahrung, kein sauberes Wasser und auch kein gesundes Kind. Kurzenschlossen erteilt sie drei Helden einen brisanten Auftrag: Sie sollen die Ursache für das Übel finden. Die Drei machen sich auf die Suche und müssen am Ende feststellen: Königin und Volk sind für die Misere selbst verantwortlich.

Ein „Märchen“, das auf harten Fakten beruht. Seit Jahren warnt die WHO vor den Folgen globaler Erwärmung. Bis Mitte des 21. Jahrhunderts ist mit einem deutlichen Anstieg vieler Erkrankungen als direkter Folge des Klimawandels zu rechnen, etwa von Herz-Kreislauf-, Atemwegs- oder Nierenerkrankungen. Massive gesundheitliche Probleme bereiten auch indirekte Effekte, etwa höhere Wassertemperaturen, die ein schnelleres Wachstum und längere Überlebensdauer mikrobieller Keime ermöglichen. Das begünstigt z.B. Durchfall-Erkrankungen wie Cholera. Höhere Temperaturen und stark variierende Niederschlagsmengen können außerdem die Fruchtbarkeit und Lebensdauer sowie die geografische Ausbreitung von Krankheitsvektoren – etwa tropischer Mückenarten – stark beeinflussen. Dadurch werden Krankheiten wie Malaria oder Dengue-Fieber in Regionen zurückkehren, aus denen sie bereits erfolgreich verdrängt waren.

Weitere Informationen: www.bukopharma.de und www.gl-m.de